

Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Wanfried und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2013 (GVBl. I S. 218), der §§ 16-18, 20, 37 und 40 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. 12. 2011 (GVBl. I S. 817), des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.05.2013 (BGBl. I S. 1388), § 71 Gewerbeordnung (GewO) zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.09.2013 (BGBl. I S. 3556) sowie der §§ 1 bis 5 a, 9 und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. I S. 134) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wanfried in ihrer Sitzung vom 25.11.2013 folgende Satzung beschlossen:

I. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Gegenstand dieser Satzung sind Sondernutzungen an den öffentlichen Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen der Stadt Wanfried innerhalb und außerhalb der geschlossenen Ortslage und an Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (öffentliche Verkehrsflächen). Zu den öffentlichen Verkehrsflächen gehören auch Brücken, Haltestellenbuchten für den Linienverkehr sowie Rad- und Gehwege.
- (2) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht für die sonstigen öffentlichen Straßen im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 4 des Hessischen Straßengesetzes sowie für Wege, die ausschließlich der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke dienen (Wirtschaftswege). Ausgenommen von den Satzungsvorschriften bleiben darüber hinaus andere Fälle, in denen natürliche oder juristische Personen aufgrund von Gestattungsverträgen mit der Stadt Wanfried zu einer Sondernutzung berechtigt werden und Nutzungen nach bürgerlichem Recht gemäß § 20 des Hessischen Straßengesetzes. Dies gilt nicht für Gebühren nach Ziffer 4 des Gebührenverzeichnisses.

§ 2

Begriff der Sondernutzung

Sondernutzung ist der Gebrauch der in § 1 Abs. 1 bezeichneten öffentlichen Verkehrsflächen, welcher über die jedermann im Rahmen der Widmung und der verkehrsrechtlichen Vorschriften gestattete Nutzung (Gemeingebrauch) hinausgeht.

§ 3

Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

- (1) Soweit in § 6 dieser Satzung nicht anders bestimmt ist, bedarf die Sondernutzung der Erlaubnis der Stadt Wanfried.
- (2) Ist die Nutzung einer Straße, eines Weges oder eines Platzes in mehrfacher Weise beabsichtigt, so ist jede Benutzungsart für sich erlaubnispflichtig.
- (3) Sondernutzungen dürfen erst dann ausgeübt werden, wenn eine Erlaubnis erteilt ist.

§ 4

Erteilung, Widerruf und Erlöschen der Erlaubnis

- (1) Die Sondernutzungserlaubnis wird auf Zeit oder auf Widerruf erteilt. Sie kann von Bedingungen abhängig gemacht und mit Auflagen versehen werden.

- (2) Der Erlaubnisnehmer ist verpflichtet, die in Ausübung der Sondernutzung herzustellenden Anlagen nach den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu erhalten.
- (3) Macht die Stadt Wanfried von dem ihr vorbehaltenen Widerrufsrecht Gebrauch, hat der Erlaubnisnehmer gegen die Stadt keinen Ersatz- oder Entschädigungsanspruch.
- (4) Auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht kein Rechtsanspruch.
- (5) Die Übertragung der Sondernutzungserlaubnis auf einen Dritten ist unzulässig.
- (6) Die Verpflichtung zur Einholung anderer Genehmigungen oder Erlaubnisse, die insbesondere nach polizei-, gewerberecht- oder baurechtlichen Bestimmungen erforderlich sind, bleibt unberührt.

§ 5 Verfahren

- (1) Erlaubnisansträge sind mit Angaben über Art und Dauer der beabsichtigten Sondernutzung schriftlich beim Magistrat der Stadt Wanfried zu stellen.
- (2) Der Magistrat kann vor Erteilung der Erlaubnis die Vorlage von Erläuterungen in Form von Zeichnungen, textlichen Beschreibungen oder in sonstiger Weise verlangen.
- (3) Über den Antrag ist schriftlich zu entscheiden.
- (4) Ändern sich die dem Antrag oder die der Sondernutzungserlaubnis zugrunde liegenden tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse, so hat dies der Antragsteller oder Erlaubnisnehmer unverzüglich dem Magistrat mitzuteilen und unrichtige oder fehlende Angaben und Anlagen zu berichtigen oder zu ergänzen.

§ 6 Erlaubnisfreie Sondernutzungen

- (1) Bei Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und bei Gemeindestraßen bzw. bei öffentlichen Verkehrsflächen in der Baulast der Stadt bedarf es keiner Erlaubnis nach dieser Satzung, wenn es sich bei der Sondernutzung um folgende Fälle handelt:
 - a) Im Bebauungsplan oder Bauschein zugelassene Überbauungen (z. B. Arkaden, Vordächer), sowie bauaufsichtlich genehmigte Gebäudesockel, Gesimse, Fensterbänke, Balkone, Erker, Sonnenschutzdächer, Markisen, Vordächer, Eingangsstufen;
 - b) Licht-, Luft-, Einwurf- und sonstige Schächte, die nicht mehr als 50 cm in die öffentliche Verkehrsfläche hineinragen;
 - c) Werbeanlagen, Hinweisschilder, Hinweiszeichen und Warenautomaten, die an einer an die Straße grenzenden baulichen Anlage angebracht sind und die innerhalb einer Höhe von 2,5 m nicht mehr als 5 % der Gehwegbreite einnehmen und nicht mehr als 0,3 m in den Gehweg hineinragen;
 - d) Werbeanlagen über Gehwegen für zeitlich begrenzte Veranstaltungen (z. B. Schluss- und Weihnachtsverkäufe) an der Stätte der Leistung, sofern sie in einer Höhe von über 2,5 m angebracht sind und einen seitlichen Abstand von mindestens 0,75 m zur Fahrbahn haben sowie sonstige Werbeanlagen in der Oster- und Weihnachtszeit (Lichterketten, Girlanden, Masten, Märchenbilder und -figuren), sofern sie den öffentlichen Straßenverkehr nicht beeinträchtigen;
 - e) Werbeanlagen politischer Parteien während eines Wahlkampfes, sofern sie nicht in den Luftraum von Fahrbahnen hineinragen;
 - f) das Aufstellen und Anbringen von Fahnenmasten, Transparenten, Dekorationen, Tribünen, Lautsprecheranlagen und dgl. aus Anlass von Volksfesten, Umzügen, Prozessionen und ähnlichen Veranstaltungen, sofern die öffentliche Verkehrsfläche nicht beschädigt wird;
 - g) die Durchführung von behördlich genehmigten Straßensammlungen und Lotterien, sofern dies nicht von einem Stand oder Kiosk aus erfolgt;

- h) die Lagerung von Kohle, Holz, Baumaterial einschl. Sand und Kies sowie Bauschutt auf Gehwegen bis zu einer Höchstdauer von 24 Stunden;
 - i) die Lagerung der „Wisera“ und anderer Schiffe/Boote an Land und sonstiger der historischen Gestaltung dienender Gegenstände im Bereich der Schlagd.
- (2) Die vorstehenden erlaubnisfreien Sondernutzungen können ganz oder teilweise eingeschränkt werden, wenn Belange des Straßenverkehrs, des Straßenbaues oder andere öffentliche Interessen dies vorübergehend oder auf Dauer erfordern.
- (3) Nach anderen Vorschriften bestehende Erlaubnis- oder Genehmigungspflichten werden durch die vorstehende Regelung nicht berührt.

§ 7

Beseitigung von Sondernutzungseinrichtungen

- (1) Nach ausdrücklichem oder stillschweigendem Verzicht auf die Sondernutzung oder nach Erlöschen der Sondernutzungserlaubnis hat der Erlaubnisnehmer unaufgefordert und unverzüglich den früheren Zustand der öffentlichen Verkehrsfläche wiederherzustellen.
- (2) Sondernutzungseinrichtungen sind vom Erlaubnisnehmer oder vom Eigentümer oder Besitzer der Einrichtung unverzüglich zu beseitigen, wenn infolge ihres mangelhaften Zustandes oder ihrer schlechten Beschaffenheit eine Gefahr für die Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Straßenverkehrs besteht.
- (3) Mehrere Verpflichtete sind Gesamtschuldner.

§ 8

Schadenshaftung

- (1) Der Erlaubnisnehmer haftet der Stadt Wanfried für alle Schäden, die er durch unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig angezeigte Arbeiten den öffentlichen Verkehrsflächen zufügt.
- (2) Der Erlaubnisnehmer hat die Stadt Wanfried von allen Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, die diese im ursächlichen Zusammenhang mit der Sondernutzung gegen die Stadt erheben. Er ist verpflichtet, sich ausreichend gegen Haftpflichtansprüche zu versichern. Auf Anforderung ist der Nachweis über den Abschluss einer Haftpflichtversicherung und der regelmäßigen Prämienzahlung vorzulegen.
- (3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

II. Abschnitt - Gebühren

§ 9

Erhebung von Sondernutzungsgebühren

- (1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen an den öffentlichen Verkehrsflächen im Sinne von § 1 Abs. 1 dieser Satzung werden Gebühren nach Maßgabe des Gebührenverzeichnisses dieser Satzung und des Gebührenverzeichnisses der Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Bundesfern- und Landesstraßen (Verordnung über Sondernutzungsgebühren) vom 08.03.2004 (GVBl. I S. 106) in den jeweils gültigen Fassungen erhoben.
- (2) Sondernutzungsgebühren werden auch dann erhoben, wenn eine erlaubnispflichtige Sondernutzung ohne förmliche Erlaubnis ausgeübt wird.
- (3) Für Sondernutzungen gemäß § 6 Abs. 1 werden keine Gebühren erhoben.
- (4) Das Recht, Gebühren nach anderen Vorschriften zu erheben, bleibt unberührt.

§ 10 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind
 - a) der Antragsteller oder
 - b) der Erlaubnisinhaber oder
 - c) derjenige, der eine Sondernutzung ausübt.
- (2) Sind mehrere Personen Gebührensschuldner, so haften sie als Gesamtschuldner.

§ 11 Gebührenberechnung

- (1) Die in dem Gebührenverzeichnis nach Tagen und Wochen bemessenen Gebühren werden für jeden angefangenen Zeitabschnitt voll berechnet.
- (2) Bei der nach Monaten zu bemessenden Gebühr ist der vierte Teil für jede angefangene Woche festzusetzen, wenn die Sondernutzung während eines kürzeren Zeitraumes als drei Wochen ausgeübt wird. Entsprechend ist bei der nach Jahren zu bemessenden Gebühr für jeden angefangenen Monat der zwölfte Teil festzusetzen.
- (3) Auf Antrag kann gestattet werden, dass eine wiederkehrende Sondernutzungsgebühr durch eine einmalige Zahlung abgelöst wird (Kapitalisierung).

Die Kapitalisierung erfolgt in entsprechender Anwendung des § 4 der Verordnung über Sondernutzungsgebühren vom 08.03.2004 (GVBl. I S. 106) in der jeweils geltenden Fassung.

- (4) Für Sondernutzungen, die im Gebührenverzeichnis nicht aufgeführt sind, beträgt
 - a) die wiederkehrende Jahresgebühr mind. ½ %, höchstens 10 %
 - b) die einmalige Gebühr 15 % des für das Jahr der Antragstellung zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteils der Sondernutzung. Der zu erwartende wirtschaftliche Vorteil ist auf Verlangen nachzuweisen.
- (5) Errechnet sich die Gebühr nach der Verkehrsfläche, so wird die in Anspruch genommene Fläche bei der Berechnung auf volle Quadratmeter aufgerundet.
- (6) Ergeben sich bei der Gebührenberechnung Cent-Beträge, so werden diese auf volle €-Beträge abgerundet.
- (7) Die Sondernutzungsgebühr beträgt mindestens **16,00 €**.

§ 12 Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid erhoben. Sie sind zu entrichten bei:
 - a) auf Zeit genehmigten Sondernutzungen für ihre gesamte Dauer bei Erlaubniserteilung,
 - b) auf Widerruf genehmigten Sondernutzungen erstmalig bei Erlaubniserteilung für das laufende Jahr, für nachfolgende Jahre jeweils bis zum 31.12. des vorhergehenden Jahres,
 - c) Sondernutzungen, für die keine Erlaubnis erteilt wurde, mit Beginn der Sondernutzung.
- (2) Ist der Gebührensschuldner mit mehr als zwei Raten säumig und verläuft die Zwangsbeitreibung ergebnislos, so ist die Sondernutzungserlaubnis zu widerrufen.

§ 13 Gebührenerstattung

- (1) Wird eine auf Zeit genehmigte Sondernutzung vorzeitig aufgegeben, besteht für den nicht genutzten Zeitraum kein Anspruch auf Erstattung bereits entrichteter Gebühren.

- (2) Im Voraus entrichtete oder kapitalisierte Sondernutzungsgebühren werden auf Antrag anteilmäßig erstattet, wenn die Stadt Wanfried eine Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerruft, die nicht vom Gebührenschuldner zu vertreten sind oder wenn die Sondernutzung aus Gründen höherer Gewalt während eines zusammenhängenden Zeitraumes von mehr als drei Monaten nicht ausgeübt werden kann.
- (3) Für die Errechnung des Erstattungsbetrages gilt § 11 dieser Satzung sinngemäß.

§ 14 Billigkeitsmaßnahmen

Die Gebühr kann dem Gebührenschuldner auf Antrag gestundet, ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Erhebung der Sondernutzungsgebühr im Einzelfall eine unbillige Härte darstellt.

§ 15 Kostenerstattung und Sicherheitsleistungen

- (1) Neben der Sondernutzungsgebühr hat der Erlaubnisnehmer alle Kosten zu tragen, die der Stadt Wanfried durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis von der Zahlung einer Sicherheitsleistung abhängig zu machen.

Eine Sicherheitsleistung kann insbesondere verlangt werden, wenn

- a) an der Straße oder an Straßeneinrichtungen Beschädigungen durch die Sondernutzungen zu befürchten sind oder
 - b) begründete Zweifel bestehen, dass der Erlaubnisnehmer seinen Verpflichtungen nach § 7 nachkommen wird.
- (3) Die Höhe der Sicherheitsleistung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles, insbesondere nach den geschätzten Kosten für die Beseitigung etwaiger Beschädigungen bzw. nach der Höhe der Kosten, die bei einer Ersatzvornahme voraussichtlich anfallen würden.
 - (4) Entstehen der Stadt Wanfried durch die Sondernutzung Kosten, so können diese von der Sicherheitsleistung beglichen werden.
 - (5) Die Sicherheitsleistung ist zurückzuzahlen, wenn nach Beseitigung der Sondernutzungsanlagen feststeht, dass der Stadt durch die Sondernutzung keine zusätzlichen Kosten entstanden sind oder entstehen werden.
 - (6) Ist von dem Erlaubnisnehmer keine Sicherheitsleistung verlangt worden und ist durch die Sondernutzung die Straße derart beschädigt worden, dass dadurch eine vorzeitige Erneuerung derselben erforderlich wird, so kann die Stadt, sofern eine alsbaldige Erneuerung für den Erlaubnisnehmer eine unangemessene Belastung bedeuten würde, stattdessen mit ihm eine Vereinbarung oder eine angemessene Beteiligung an den Kosten der Erneuerungsarbeiten treffen.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen der Vorschrift des § 3 eine Sondernutzung ohne die dafür erforderliche Erlaubnis ausübt; § 6 Abs. 1 bleibt unberührt;
 - b) entgegen der Bestimmung des § 7 die Sondernutzungseinrichtungen beseitigt und es unterlässt, den früheren Zustand wiederherzustellen.
- (2) Wenn gleichzeitig eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 23 des Bundesfernstraßengesetzes oder des § 51 des Hessischen Straßengesetzes vorliegt, findet Abs. 1 keine Anwendung.

- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann für jeden Fall einer Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße bis 600,00 € geahndet werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
- (4) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

§ 18
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2014 in Kraft.

Wanfried, den 06.12.2013

Der Magistrat

Wilhelm Gebhard
Bürgermeister

GEBÜHRENVERZEICHNIS
zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen
und über Sondernutzungsgebühren in der Stadt Wanfried

Lfd. Nr.	Art der Sondernutzung	Gebühr in €	Zeitraum
1	Baustelleneinrichtungen Baubuden, Aufstellung von Baumaschinen, Baugeräten, Arbeitswagen, Baustofflagerung, Gerüste, Bauzäune, Aufgrabungen, Container u. ä. je qm Verkehrsfläche	0,50	1 Woche
2	Altkleidercontainer je Container	350,00	1 Jahr
3	Verkaufseinrichtungen und Warenauslagen a) Verkaufswagen und ambulante Verkaufsstände aller Art einschließlich dazugehöriger Warenauslagen, Tische und Sitzgelegenheiten je qm Verkehrsfläche b) Warenauslagen, Warenstände u. a., die im Zusammenhang mit einem Ladengeschäft aufgestellt werden je qm Verkehrsfläche c) Warenautomaten - Zigarettenautomaten je qm Verkehrsfläche - sonstige Warenautomaten je qm Verkehrsfläche	2,50 2,50 100,00 30,00	1 Tag 1 Monat 1 Jahr 1 Jahr
4	Außenbestuhlung a) Tische und Sitzgelegenheiten, die im Zusammenhang mit festen Verkaufsstellen, Gaststätten, Kaffeebetrieben u. ä. aufgestellt werden und deren Bewirtschaftung an die ortsüblichen Ladenöffnungszeiten gebunden ist - pro Sitzplatz/Stehtischplatz = 1 qm (ein Stehtisch entspricht vier Stehtischplätzen) aa) bei Erteilung einer ganzjährigen Dauernutzungserlaubnis bb) bei Erteilung einer monatsweisen Sondernutzungserlaubnis b) Tische und Sitzgelegenheiten, die im Zusammenhang mit festen Verkaufsstellen, Gaststätten, Kaffeebetrieben u. ä. aufgestellt werden und deren Bewirtschaftung über die ortsüblichen Ladenöffnungszeiten hinausgeht - pro Sitzplatz/Stehtischplatz = 1 qm (ein Stehtisch entspricht vier Stehtischplätzen) aa) bei Erteilung einer ganzjährigen Dauernutzungserlaubnis bb) bei Erteilung einer monatsweisen Sondernutzungserlaubnis	13,00 2,00 20,00 2,50	1 Jahr 1 Monat 1 Jahr 1 Monat
5	Werbeanlagen a) Aufstellung bzw. Anbringung von Plakatträgern ab 10 Plakate, pro Veranstaltung mindestens jedoch pro Veranstaltung Plakate von Ortsansässigen	30,00 20,00 gebührenfrei	

Lfd. Nr.	Art der Sondernutzung	Gebühr in €	Zeitraum
6	Informationsstände		
	a) gemeinnütziger Vereine, politischer Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Religionsverbände sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts im Gebiet der Stadt Wanfried anlässlich von Veranstaltungen der Organisation im Gebiet der Stadt Wanfried, für Informationen, die dem Zweck der Organisation dienen oder mildtätigen, karitativen Zwecken	gebührenfrei	bis maximal 2 Tage aufeinander folgend
	b) kreisangehöriger Kommunen sowie der Partnerstädte für Veranstaltungen von überörtlicher Bedeutung für maximal eine Veranstaltung pro Jahr	gebührenfrei	bis maximal 2 Tage aufeinander folgend
	c) mit gewerblicher Nutzung	26,00	1 Tag
7	Gewerbliche Veranstaltungen		
	a) fahrbare Geschäftsbetriebe, Karussells u. ä. je qm Verkehrsfläche	1,50	1 Tag
	b) Marktstände anlässlich des Wochenmarktes je laufendem Meter Frontlänge	2,00	1 Tag
8	Erlaubnis zur Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlicher Verkehrsfläche nach § 29 StVO und § 16 HStrG, je Veranstaltung Ortsansässige Vereine alle Übrigen	15,00 25,00	

Wanfried, den 06.12.2013

(L.S.)

Der Magistrat
der Stadt Wanfried

Wilhelm Gebhard
Bürgermeister